



Unterbezirk
Ruhr-Mitte

11.02.2019

Ohne Refinanzierung keine qualitätsvolle Bildung und Betreuung in NRW

Die Arbeiterwohlfahrt NRW ist überzeugt, dass die laufenden Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft ver.di zu einem konstruktiven Abschluss gebracht werden können.

Als positives Zeichen wertet Geschäftsführer Uwe Hildebrandt, dass die neue Verhandlungsrunde am Dienstag (12. Februar) nicht von einem Streikaufruf der Gewerkschaft begleitet wird.

„Niemand kann daran vorbeisehen, dass die Löhne und Gehälter nur insoweit steigen können, wie sie aus den Zuwendungen der öffentlichen Hand und der Sozialversicherungsträger zu refinanzieren sind“, so der AWO-Spitzenvertreter. Und da wüchsen die sprichwörtlichen Bäume leider, so müsse er auch aus Arbeitgebersicht feststellen, nicht in den Himmel.



”

Wir sollten gemeinsam für zukunftsfähige Finanzierungsmodelle eintreten, die es erlauben, die Mitarbeitenden in allen Bereichen der sozialen Arbeit angemessen zu bezahlen und die Berufsfelder auch künftig attraktiv zu machen.

Das zeige sich besonders deutlich bei der Finanzierung der Offenen Ganztagschulen (OGS): Sie werden nicht nur regional sehr unterschiedlich finanziert – aus Beiträgen des Landes, der

Kommunen und der Eltern. Vielmehr seien zahlreiche Kommunen bedauerlicherweise auch dazu übergegangen, den OGS-Betrieb auszuschreiben und damit nur diejenigen Organisationen zu berücksichtigen, die auch mit einem entsprechend geringen Gehaltsniveau einsteigen. Angesichts der Bemühungen um eine hochwertige Betreuung und Bildung zählten solche Mechanismen zu den Skandalen, gegen die die Gewerkschaften zusammen mit den Einrichtungsträgern wie der AWO NRW vorgehen müsse.

„Wir sollten gemeinsam für zukunftsfähige Finanzierungsmodelle eintreten, die es erlauben, die Mitarbeitenden in allen Bereichen der sozialen Arbeit angemessen zu bezahlen und die Berufsfelder auch künftig attraktiv zu machen“, so Uwe Hildebrandt.

Die AWO bietet in den laufenden Tarifverhandlungen ein Plus von sieben Prozent bei einer Laufzeit von 30 Monaten an, zusätzlich eine Anhebung der Höchsturlaubsgrenze auf 35 Tage sowie eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um hundert Euro. Ver.di hat sich bislang auf einen Zuwachs der Löhne und Gehälter um zehn Prozent bei einer Laufzeit von nur 13 Monaten fixiert. Dafür sieht wiederum die Arbeiterwohlfahrt keinen Spielraum wegen ausbleibender Refinanzierung durch die öffentliche Hand bzw. die Sozialversicherungsträger.

Redaktion

Katrin Mormann

Pressesprecherin AWO NRW

katrin.mormann@awo-ww.de